- Seite 1 (4) -

Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan 09.07

- A Frühzeitige Bürgerbeteiligung (04.11. 04.12.2019) und TÖB-Beteiligung
- A 1 Stellungnahmen der Bürger keine
- A 2 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (TÖB)

Lfd.	Eingangsdatum	TÖB	Stellungnahme TÖB
Nr.	/ Datum An-		
	schr.		
T1.01	14.11.2019 /	Landschaftsverband	Es liegen keine Bedenken vor.
	13.11.2019	Rheinland, Amt für Lie-	
		genschaften,	
T02.01	18.11.2019 /	Geologischer Dienst	Hinweis zur Erbebengefährdung
102.01	15.11.2019	NRW	
	15.11.2019	INKVV	Das Planungsgebiet ist der Erdbebenzone 2 / geologischer Untergrundklasse T zuzuordnen. 2. Hinweis zu Baugrund
			Die Planfläche liegt im Bereich von rekultiviertem Braunkohlebergbau.
T03.01	19.11.2019 /	Landschaftsverband	Archäologische Situation
	19.11.2019	Rheinland,	In Brühl-Heide zwischen dem Heider Bergsee und der Grubenstraße soll auf einer bisher als
		Amt für Bodendenkmal-	Wiese genutzten öffentlichen Grünfläche ein Waldkindergarten gebaut werden. Das Gelände
		pflege im Rheinland,	ist durch den Braunkohlenabbau im 19./20. Jh. des Gruhlwerks, der Roddergrube und der
		Abteilung Denkmalschutz	Grube Friederika großflächig überprägt und grenzt im Süden an den Heider Bergsee, einen
		/ Denkmalrecht	Tagebaurestsee. Bodenkartierungen zeigen, dass das betroffene Areal zudem als Abraum-
			halde genutzt wurde.
T03.02			Bewertung
			Das Plangebiet ist als archäologische Verlustfläche anzusprechen, daher bestehen für die
			Durchführung der Baumaßnahme keine Bedenken.
			Es wird aber auf die Bestimmungen der §§ 15, 16 DSchG NW (Meldepflicht und Verände-
			rungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern) hingewiesen.
T04.01	28.11.2019 /	Erftverband	Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken.

- Seite 2 (4) -

Lfd.	Eingangsdatum	TÖB	Stellungnahme TÖB
Nr.	/ Datum An-		
	schr.		
	28.11.2019		
T05.01	02.12.2019 /	Industrie- und Handels-	Die IHK Köln erhebt keine Einwände gegen das Bebauungsplanverfahren 09.07 in Brühl-
	29.11.2019	kammer zu Köln (IHK Köln)	Heide.
T06.01	04.12.2019 / 03.12.2019	Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	Seitens des Landesbetriebes Wald und Holz NRW bestehen keine forstfachlichen Bedenken.
T06.02			Hinweis: Im Städtebaulichen Konzept (Punkt 4 der Begründung zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung) wurde die Nutzung des angrenzenden Waldes durch die WaldKita beschrieben. Danach verbringen "die Kinder [] den Tag mit den Erziehenden im naheliegenden Wald auf vorher eingerichteten Waldspielplätzen". Das Betreten des Waldes geht hierbei über das allgemeine Betretungsrecht zum Zwecke der Erholung nach § 2 Abs. 1 LFoG hinaus. Ferner handelt es sich bei der WaldKita um eine organisierte Veranstaltung nach § 2 Abs. 4 LFoG, welche von der Forstbehörde unter Auflagen genehmigt werden muss. Die Genehmigung kann auf Staatswaldflächen in Form eines Gestattungsvertrages erfolgen. Gleiches gilt für von der WaldKita genutztes Waldeigentum der Stadt Brühl oder privater Waldeigentümer. Auch hier ist vom jeweiligen Waldeigentümer die Erlaubnis zum Betreten des Waldes einzuholen. Dies kann ebenfalls auf der Basis eines Gestattungsvertrages erfolgen.
T06.03			Weiterhin gilt es zu beachten, dass für die Einrichtung von Waldspielplätzen keine festen baulichen Anlagen errichtet werden dürfen. Dem hingegen können für temporäre Anlagen, wie Sitzgruppen oder Tipis natürliche "Baumaterialien", wie Äste, Zweige, Baumstümpfe etc. genutzt, welche die Kinder im Wald finden können.
T06.04			Generell gilt, dass nach § 2 Abs. 3 LFoG jeder, der den Wald betritt sich so zu verhalten hat, dass dieser nicht gefährdet, beschädigt oder verunreinigt wird. Ebenso ist die Lebensgemeinschaft Wald mit seinen Pflanzen und Tieren sowie seine Bewirtschaftung nicht zu stören und die Erholung anderer nicht unzumutbar zu beeinträchtigen. Hinzu kommt, dass sich der Wald im Landschaftsschutzgebiet "Waldseengebiet Ville" befindet. Nach Punkt 2.2 des Landschaftsplanes Nr. 6 des Rhein-Erft-Kreises – Rekultivierte Ville – ist es insbesondere verboten

- Seite 3 (4) -

Lfd.	Eingangsdatum	TÖB	Stellungnahme TÖB
Nr.	/ Datum An-		
	schr.		
			"Bäume, Sträucher, Hecken, Feldgehölze, [], Ufergehölze, sonstige Pflanzen oder Teile von
			diesen zu beseitigen, zu entfernen, abzutrennen, zu beschädigen, zu zerstören, auszureißen,
			auszugraben, zu verändern oder durch eine Beschädigung des Wurzelwerkes oder der Baum-
			rinde oder durch eine Verdichtung oder Überschüttung des Bodens im Wurzelbereich oder auf
			andere Weise in ihrem Bestand oder Wachstum oder Erscheinungsbild zu beeinträchtigen."
			Als Baumaterialien für die Anlage temporärer Waldspielplätze sollten daher nur herumliegende, bereits abgestorbene Pflanzenteile verwendet werden.
T07.01	04.12.2019 / 04.12.2019	Kinderschutzbund Brühl	Der DKSB Brühl begrüßt die Einrichtung einer zweiten Waldkita in Brühl und hat derzeit keine Bedenken gegen die Planungen.
T08.01	06.12.2019 /	Rhein-Erft-Kreis, Amt für	Unter Berücksichtigung folgender teilfachlicher Stellungnahmen bestehen seitens der Rhein-
	04.12.2019	Kreisentwicklung und	Erft-Kreises keine grundsätzlichen Bedenken gegen o.g. Bebauungsplan.
		Ökologie	
T08.02		Untere Naturschutzbe-	Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde bestehen gegen die im Betreff genannte Bauleit-
		hörde	planung BP 09.07 WaldKita keine grundsätzlichen Bedenken.
			Jedoch liegt die betreffende Fläche gemäß rechtskräftigem Landschaftsplan Nr. 6 komplett im
			Landschaftsschutzgebiet LSG 2.2-9 "Waldseegebiet Ville". Das Gebiet wird geschützt zur Er-
			haltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere wegen seiner reich geglie-
			derten, ökologisch wertvollen Landschaftsräume, wegen seiner Bedeutung für das Land-
			schaftsbild, insbesondere wegen seiner strukturellen Vielfalt sowie wegen seiner Bedeutung
			für die Erholung, insbesondere wegen seines Wertes für die stille Erholung in naturnaher Umgebung.
			Dennoch bestehen gegen die Inanspruchnahme der Fläche für eine WaldKita keine grund-
			sätzlichen Bedenken, da die Grenzen des LSG nicht verändert werden sollen. Für die Nut-
			zung WaldKita soll lediglich ein Teil von ca. 800 m² zur Verfügung gestellt werden. Die zuläs-
			sige Grundfläche für die erforderlichen Anlagen mit ihren benötigten Nebenanlagen wird für die abgegrenzte Fläche mit der Zweckbestimmung Waldkindergarten auf maximal 150 m²

- Seite 4 (4) -

Lfd.	Eingangsdatum	TÖB	Stellungnahme TÖB
Nr.	/ Datum An-		
	schr.		
			festgesetzt. Laut Begründung kann der Hol- und Bringverkehr auf dem zur Sportanlage Brühl- Heide zugehörigen Parkplatz abgewickelt werden. Von dort aus ist die Fläche des Waldkin- dergartens über den Seeweg fußläufig erreichbar. Dies alles wird seitens der Unteren Natur- schutzbehörde begrüßt.
			Ich behalte mir vor, im weiteren Verfahren Stellung zu nehmen zu der genauen Verortung der Inanspruchnahme des bestehenden Landschaftsschutzgebietes. Auch aus Sich des Artenschutzes behalte ich mir vor, nach Vorlage der noch zu erstellenden artenschutzrechtlichen Untersuchung im weiteren Verfahren endgültig Stellung zu nehmen.
T08.03		Untere Wasserbehörde	Gegen das geplante Vorhaben bestehen seitens der Unteren Wasserbehörde keine Bedenken, sofern die Entwässerung der Anlage an die städtische Kanalisation angeschlossen wird. Eine Beseitigung des häuslichen Abwassers vor Ort (Kleinkläranlage) ist aufgrund der Nähe des Heider Bergsees nicht möglich. Gegen eine Versickerung von Niederschlagswasser bestehen keine Bedenken.
T08.04		Gesundheitsamt	Aus Sicht des Gesundheitsamtes ist ein Anschluss der Bauwagen an die öffentliche Trinkwasserversorgung erforderlich.
T08.05		Amt für öffentlichen Personennahverkehr	Es bestehen bzgl. des Vorhabens keine Bedenken. Es ist aber anzunehmen, dass Eltern die Kinder nicht nur mit dem Auto zur WaldKita bringen, sondern hierfür auch das Fahrrad (ggf. sogar mit Fahrradanhänger für den Kindertransport) benutzen. Von daher wird angeregt auf dem zur Sportanlage Brühl-Heide zugehörigen Parkplatz ausreichend geeignete Fahrradabstellanlagen vorzusehen.
T08.06		Untere Immissions- schutzbehörde	Aus Sicht der Unteren Immissionsschutzbehörde und der Unteren Bodenschutzbehörde bestehen keine Bedenken. Das Amt für Straßenbau und Verkehr ist von der o.g. Planung nicht betroffen.